

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1918

98 (27.2.1918) Abendblatt

Badischer Beobachter

Abendblatt

Kunzelgenpreis:

Die achtspaltige Kolonelle 25 Pf.;
Reklamen Nr. 1, 20, bei Wiederholung
nach Tag. — Anzeigen für
Anzeigen nehmen alle Anzeigen-Ver-
mittlungen entgegen. — Einmalige
Anzeigen-Annahme vorn, halb 8 Uhr
abm. nachm. halb 3 Uhr.

Verfasser: Karlsruhe 4944

Wegenspreis vierteljährlich:

In Karlsruhe durch Träger Nr. 428;
(b. d. Geschäftsstelle monatlich Nr. 1,10)
auswärts (Deutschland) durch die
Post Nr. 470 ohne Postgebühren für
Deutschland, Österreich, Ungarn, Ruß-
land, Holland, Schweden bei den Postäm-
tern. Hörsing Ausland Nr. 12.

Kernsprecher Nr. 535

Notationsdruck und Verlag der Badenia L.G. für Verlag und Druckerei
Karlsruhe, Adlerstraße 42, Albert Hofmann, Direktor

Erscheint an allen Werktagen in zwei Ausgaben
Beilagen: Je einmal wöchentlich die Unterhaltungsblätter „Sonne und Blumen“,
„Blätter für den Familienkreis“ und „Blätter für Haus- und Landwirtschaft“

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Feuilleton: E. H. Meyer;
für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Wühl; für Anzeigen und Reklamen:
A. Hofmann, sämtlich in Karlsruhe.

Die Kanzlerrede.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Noch selten hat die Rede eines deutschen Reichskanzlers im Reichstage eine solche angepannte Aufmerksamkeit und ein solches atemloses Räuschen gefunden, wie des Grafen Hertlings Rede zur Einleitung der großpolitischen Debatte. Vom ersten bis zum letzten Worte hielt Graf Hertling seine Zuhörer vollständig in seinem Banne, auch nicht eine einzige abschwendende oder mißbilligende Kundgebung ward laut, vielmehr häuften sich die Zustimmungen und am Schlusse schollen dem Kanzler von allen Bänken des Hauses beifällige, sogar von Gändestatlichen begleitete Kundgebungen entgegen.

In der Tat bedeutet die neue Kanzlerrede einen ganz besonderen Abschnitt in dem großen, auch mit Mitteln des Geistes zu führenden Weltkampf. Mit Recht bedauert er, daß immer noch die Dialektik zwischen den kriegführenden Mächten die Oberhand haben, wo es doch so leicht wäre, in engerem Kreise eine Aussprache stattfinden zu lassen. Die gegenseitigen Friedensgespräche haben in der Tat nur einen befristeten Wert. Würde man sich, wie wir auch an dieser Stelle schon oft gefordert haben, endlich einmal zu einer vorläufigen freilich nur unverbindlichen Besprechung zusammenfinden können, würde diese insbesondere unbeeinträchtigt von dem verberberischen Beiwert einer beherrschenden Klasse, Auge in Auge sich abspielen können, dann würde man in der Tat recht rasch zum Ziele kommen können. Insbesondere würde dann, wie der Kanzler sehr zutreffend sagte, für unsere Feinde die Möglichkeit bestehen, unsere Worte so zu nehmen, wie wir sie wirklich meinen.

Das gilt insbesondere für Belgien! Wiederum betonte der Kanzler mit aller nur wünschenswerten Klarheit und Entschiedenheit, daß wir garnicht daran denken, Belgien zu behalten. Was wir fordern müssen, ist einfach und natürlich: daß Belgien nicht wieder zum Aufmarschgebiet gegen uns werde. Die dahingehenden Sicherungen sind in der Tat eindeutig und ohne Schwierigkeiten zu klären. Es war ein gutes Wort vom Kanzler, daß er sagte, wir wollen mit dem künftigen Belgien in Frieden und Freundschaft leben. Die Ausrufung des Grafen Hertling, daß wir eine Einladung unserer Gegner zur Besprechung der belgischen Frage nicht ablehnen würden, klang wie eine Aufforderung an diese. Damit ist es schon unendlich leicht gemacht, die goldene Brücke, die der Kanzler so sichtbarlich vor aller Welt errichtet hat, zu betreten.

Mit Wilson mußte sich der Kanzler, nachdem die Gegner eine direkte Ansprache zur Zeit noch verhindern, im Wege der Zwischenrede wieder auseinandersetzen. Er nahm sich die vier Hauptpunkte vor, die Wilson in seiner letzten Botschaft als Grundlagen für einen allgemeinen Frieden bezeichnete. Unter diesen vier Punkten gab es keinen einzigen, welchen der Kanzler etwa nicht zustimmen würde! Wer wollte widersprechen, so rief der Kanzler aus, wenn die Forderung gestellt würde, daß die Gerechtigkeit alles beherrschend müsse, um einen Frieden dauernd zu machen. Nur der Staat kann als Gerechtigkeit angesehen werden, der sich auf die Gerechtigkeit stützt. Daß es der Präsident der Vereinigten Staaten überhaupt für nötig findet, im besonderen zu fordern, daß ein Land nicht von einer Staatshoheit in die andere herübergehoben werde, ist sehr verwunderlich. Das klingt wie eine Polemik gegen längst entwandene Auffassungen, gegen eine Realpolitik, die weit hinter uns liegt. Die deutsche Regierung kann also nach den Erklärungen Hertlings auf dem Boden der Wilsonschen Grundgedanken treten. Allerdings wäre Vorbedingung, daß diese Grundgedanke von allen Staaten, Nationen auch anerkannt würden! Eine programmatische Ausrufung ist auch in dem Ansprache des Kanzlers zu erblicken, daß er sich glücklich fühlen würde, zur Herbeiführung der Bewerkstelligung der Schiedsgerichte beitragen zu können. Es müßte mit selbstlosen Dingen suchen, wenn diese wichtigen, ohne Zweifel im Einverständnis mit unseren Bundesgenossen abgegebenen Erklärungen des Reichskanzlers nicht sehr wesentlich zu einer Annäherung der bis jetzt noch vorhandenen Gegensätze zwischen uns und Wilson beitragen würden.

Der Reichskanzler hatte aber auch ein respektables Bündel erfreulicher Mitteilungen dem deutschen Volke zu überbringen. Zunächst stellte er fest, daß die russische Regierung die deutschen Friedensbedingungen im Prinzip angenommen habe! Unsere Delegierten sind bereits zur Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk abgereist. Das ist in der Tat eine sehr erfreuliche Mitteilung. Große Mißverständnisse bei uns und im Auslande räumte der Kanzler mit seiner bestimmten Erklärung aus dem Wege, daß wir gar nicht daran denken, uns in Livland oder Estland festzusetzen! Unsere militärischen Operationen sollen lediglich die Ruhe und Ordnung in diesen Staaten herstellen, mit denen wir in Frieden und Freundschaft leben wollen, herstellen. In den Maßnahmen dieser erfreulichen Mitteilungen fiel weiter des Kanzlers Erklärung, daß auch die Friedensverhandlungen mit Rumänien begonnen haben und daß man hoffe, auch hier, trotz aller bestehenden großen Schwierigkeiten zum baldigen Ende zu kommen. Unter diesen Umständen war des Kanzlers Glaube, daß der Friede von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere nicht mehr in unerreichbarer Ferne liege, sehr wohl begründet und be-

Tagesbericht vom Großen Hauptquartier.

Großes Hauptquartier, 27. Februar.
(W.T.B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der Westfront wurden einige Belgier gefangen. An der flandrischen Front, heiderseits der Scarpe, in der Champagne und auf dem östlichen Maas-Ufer lebte die Artillerietätigkeit am Abend auf.

Vielstimmig kam es zu heftigen Luftkämpfen. Ein einseitiger Angriff englischer Krieger gegen unsere Ballone zwischen Dize und Aisne scheiterte. Wir schossen gestern 15 feindliche Flugzeuge und drei Fesselballone ab. Hauptmann Ritter von Tutschek erlangte seinen 21. Luftkrieg. Geleiteter Kaffner brachte bei einem Flug zwei Fesselballone zum Absturz.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Elbhörn.

Nördlich von Dorpat nahmen wir zwei russische Regimenter bei ihrem Rückmarsch gefangen.

rechtigt. Noch aber ist der allgemeine Friede nicht zu erreichen! Schuld daran trägt die Entente, die immer noch nichts von ihren imperialistischen Kriegszielen aufgeben will. Für diesen allgemeinen Frieden werden das deutsche Heer und das deutsche Volk mit eisernem Willen weiterkämpfen. Das Blut aber, das noch vergossen werden muß, kommt über die Entente!

Die großen Probleme, die der Kanzler aufgeworfen hat und die in der Hauptsache in den belgischen und russischen Motiven gipfeln, werden die ganze Welt zu ernsther Stellungnahme zwingen.

Der Krieg zur See.

19 000 Tonnen.

Berlin, 26. Febr. (W.T.B. Amtlich.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz vernichteten unsere U-Boote 19 000 Bruttoregistertonnen feindlicher Handelsflotten. Die meisten Schiffe wurden an der englischen Küste unter erheblicher feindlicher Gegenwirkung vernichtet.

Unter ihnen der bewaffnete englische Dampfer „Libertia“ (4078 B.-M.-T.); ein anderer Dampfer von mindestens 4000 B.-M.-T. wurde als größtes Schiff aus einem Geleitszug in geistlich geführtem Angriff versenkt. Fast alle Dampfer waren tief beladen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berlin, 26. Febr. (W.T.B.) Die Erörterung der Ernährungsschwierigkeiten nimmt seit Ende vorigen Jahres in der englischen Öffentlichkeit einen großen Raum ein. Die Zeitungen sind angefüllt mit meist trübsinnigen Betrachtungen über den Einfluß des U-Boorkrieges auf den steigenden Mangel an neidlichem Seitenblick auf die durch die deutsch-russischen Friedensverhandlungen sich vorbereitende Besserung der Lebensmittellage der Mittelmächte. Dem Ernährungsminister gab der Leiter des englischen Lebensmittellagers folgenden Ausdrück. Der Times vom 2. Februar zufolge sagte Herr Prothero in einer Versammlung von Vertretern der englischen Landwirtschaft: Die nächsten acht Monate sind die gefährlichste Zeit in der Geschichte Englands. Laut Daily Telegraph vom 25. Januar warnt Lord Rhonda das Publikum davor, zu große Erwartungen an die Wirkung der Zwangsenteilung zu knüpfen. Man müsse nicht glauben, daß die Nationierung mit den Maßnahmen der Kolonien anfräumen werde. Die Times vom 25. Januar fügt hinzu, Lord Rhonda habe auch erwähnt, daß die zur Zeit ankommenden Fleischlieferungen kaum für den Bedarf des Heeres ausreichen, während vor dem Kriege etwa 40 Proz. des Fleischbedarfes der bürgerlichen Bevölkerung durch Einfuhr beschafft worden sei. Der englische Heeresrat lehnte deshalb die Lebensmittellieferung für die in England dienenden Truppen und Pferde zur Ersparung von Frachtraum bedeutend herab.

Verschiedene Kriegsnachrichten.

Die Russen in Frankreich eilen in die Schweiz. Von der schweizerischen Grenze, 26. Febr. Die Zürcher Morgenzeitung meldet, daß die Russen aus Frankreich wieder der Schweiz zuflüchten. Man weiß in den waldländischen Grenzorten kaum mehr, wo man die Leute unterbringen soll. Die über die Grenze kommenden russischen Soldaten seien sehr schlecht ausgerüstet und oft beinahe ausgehungert und in halb erfrorenem Zustand. Es habe den Anschein, daß die französischen Behörden den Rückzug der Russen in die Schweiz begünstigen. Nach den Aussagen von Flüchtlingen seien sie in Frankreich gar nicht mehr unter Aufsicht, und die meisten tragen Landkarten des Grenzgebietes bei sich. Demgegenüber erklärten neuerdings aus Frankreich eingetroffene russische Deserteure, daß in den letzten Tagen etwa 3000 Russen, die noch im französischen Grenzgebiet arbeiten, ins Innere Frankreichs verbracht wurden.

Heeresgruppe Linzingen.

In der Ukraine wurde ein feindliches Bataillon, das sich bei Korošychev (30 Kilometer von Shtomir) unserem Vorkommando in den Weg stellte, unter Verlusten zerstört. Südlich von Shtomir drangen unsere Truppen bis Verditschew vor. Im Kremenez (südlich von Dubno) nahmen wir den Stab eines russischen Generalkommandos, einen Divisionsstab und 200 Mann gefangen.

Mazedonische Front.

Englische Abteilungen, die über den Duttowa-Fluß gegen die bulgarischen Stellungen vordrangen, wurden im Gegenstoß zurückgeworfen.

Italienische Front.

Nichts Neues.

Der Erste Generalartilleriemeister: Lubendorf.

Ausland.

Zur antikatikanischen Klausel des Londoner Vertrages.

(R) Rom. Die Antwort Sonninos auf die Anfrage Longinottis, wonach keiner der bisher bekannt gewordenen Texte der betreffenden Klausel richtig sei, und die italienische Regierung immer bestritt gewesen sei, das Garantiegesetz aufzuheben, hat nicht befriedigt. Der Oberste Romaner drückt den Wunsch aus und mit ihm viele andere Blätter, daß die fragliche Klausel zur Ausräumung aller Zweideutigkeiten und Mißverständnisse doch endlich in ihrem heutigen Wortlaut publiziert werden solle. Wie sehr übrigens man bestritt gewesen sei, das Garantiegesetz zu heben, habe Sonnino mit seiner famosen Rede vom 25. Oktober, wie auch durch die Klausel des Londoner Vertrages bewiesen. Auch französische Blätter, wie z. B. die Croix, verlangen die Veröffentlichung der ursprünglichen Wortlautes und erklären die bis heute vom Lichte der Regierungen gegebenen Erklärungen betr. diese Klausel als ungenügend.

Baden.

Heidelberg, 26. Febr. Die hiesige Ortsgruppe des Volksbundes für Freiheit und Vaterland hat nach einer Versammlung folgende Entschließung an den Reichstagsabgeordneten Dr. Nieher gesandt: Die Versammlung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland, Ortsgruppe Heidelberg, richtet an den Reichstagsabgeordneten von Heidelberg, Geh. Justizrat Dr. Nieher in Berlin die dringende Bitte, bei den der nationalliberalen Partei angehörigen Mitgliedern des preussischen Abgeordnetenhauses mit aller Energie mit seinen Reichskollegen dahin zu wirken, daß sie für ein allgemeines und direktes Wahlrecht zum Abgeordnetenhause in Preußen eintreten und jeden dieses Wahlrecht verkümmern Antrag ablehnen.

Chronik.

Aus Baden. Karlsruhe, 26. Febr. Am Sonntag fand hier eine Zusammenkunft von Stadträten und Stadtverordneten der Fortschrittlichen Volkspartei statt zur Beratung der Reform der Städteordnung. Die Berichte darüber erstatteten Dr. Veier-Hilberberg und Rechtsanwalt Vorlich-Vorrad. In den wesentlichen Punkten der Reform konnte Einmütigkeit der Versammelten festgestellt werden, so insbesondere darüber, daß die Selbstverwaltung zu wahren und zu stärken und das Wahlrecht zu demokratisieren ist.

Karlsruhe, 26. Febr. Der Verband der badischen Bahnen, Weichen- und Signalwärter hat auf seiner letzten Hauptversammlung in Offenburg beschlossen, sich dem Verbande der Badischen Weichen- und Wehrvereine anzuschließen. In derselben Versammlung wurde der Verbandbeitrag einschließlich des Beitrages zum Verbande der badischen Beamtenvereine auf 3 Mark jährlich festgesetzt.

Anielingen bei Karlsruhe, 25. Febr. In welchen Blüten es bei Versteigerungen vielfach kommt, zeigt folgendes Beispiel. Diese Woche ließ die Gemeinde Zuchler versteigern, wozu sich eine ziemlich Anzahl Liebhaber eingefunden hatte. Es kamen weg ein 320 Pfund schwerer Eber zu 600 Mk., ein solcher im Gewicht von 180 Pfund zu 340 Mk. — In normalen Zeiten würden nach sachverständigen Gutachten erst für ersteres Stück etwa 250 Mk., für das zweite 150 Mk.

Durlach, 25. Febr. Kürzlich fanden hier die Verhandlungen zur Neuregelung der Tarifverhältnisse für das Gipsergewerbe statt. Nach einer längeren Aussprache einigten sich beide Parteien auf folgender Grundlage: Verlängerung des Tarifs bis zum 31. März 1919, Bezahlung einer Teuerungszulage von 15 Pfg. pro Stunde und zwar mit Rückwirkung ab 15. Januar 10 Pfg., ab April 5 Pfg. pro Stunde. Die Bezahlung auswärtiger Arbeiter durch besonderen Zuschlag wurde, da

keine Einigung in dieser Frage erzielt werden konnte, auch weiterhin der freien Vereinbarung überlassen.

(Mannheim, 26. Febr. Am Samstag fand unter sehr großer Beteiligung die Beerdigung der Opfer des letzten Fliegerangriffs auf Mannheim, Frau Anna Walter und ihres 16 Monate alten Sohnes Hans Walter statt. Der Mann der getöteten Frau war erst wenige Minuten vor Beginn der Beerdigung aus dem Felde hierher gekommen. Das Begräbnis fand auf Kosten der Stadtgemeinde statt, die einen prächtigen Kranz am Sarge hatte niederlegen lassen. (g. K.)

Fürzheim, 26. Febr. Der Bürgerausschuß beschloß die Übernahme eines außerordentlichen Holzbiebes von 500 Festmetern. Der Preis mit etwa 15 000 Mk. soll in strecksanleihe angelegt werden.

Fürzheim, 26. Febr. Die Beauftragte Kircheneigentümer Johann Georg Eichhoff beginnt das Werk der goldenen Hochzeit.

(Lautenbach (Ruztal), 26. Febr. Der Verein für Scholungsurlaub und Ferienaufenthalt in Mannheim hatte hier im letzten Jahre 4 Wochen lang 20 Kinder von Kriegsteilnehmern im Gasthause zum „Lautenbach“ untergebracht.

Furtwangen, 26. Febr. Unter der heldenhaften Belagerung des Kaperschiffes „Wolf“ befindet sich auch ein gebürtiger Furtwanger, nämlich der Obermaat Josef Ganter, der älteste Sohn des verstorbenen Mechanikermeisters Karl Ganter. (g. K.)

.. Ausfallende Urlaubstage.

Die gegenwärtig regelmäßig verkehrenden, für den allgemeinen Personenverkehr zugelassenen Bedarfslinien (Lrauberzüge) 11 33 Wehrburg (Mannheim) ab 2.11 Uhr vormittags), 11 32 Wehrburg-Metz (Wehrburg) ab 4.50 Uhr nachmittags), 11 189 Straßburg-Frankfurt (Mannheim) ab 9.47 Uhr nachmittags), 11 190 Frankfurt-Straßburg (Frankfurt) ab 12 Uhr nachts) werden bis auf weiteres eingestellt. Die Züge 11 32, 11 33 und 11 89 verkehren letztmals am 27. Februar, der Zug 11 90 verkehrt letztmals in der Nacht vom 27. zum 28. Februar.

Aus anderen deutschen Staaten.

Die Raubmordaffäre Gebhard-Löwenthal. X Saarbrücken, 25. Febr. Die neueste Wendung in der Raubmordaffäre Gebhard-Löwenthal hat auch in der Saargebietstadt Saarbrücken große Aufmerksamkeit gefunden, einmal weil ein wichtiger Zeitabschnitt nach der Ermordung des Löwenthal vom Verbrecher in Saarbrücken zugebracht wurde und weil er dort angeblich den Hauptteil der geraubten Summe mit annähernd 40 000 Mk. verbrüht haben will. Gebhard war als Stammgast der besseren Kaffeebars usw. in Saarbrücken wohl bekannt. Den reichen Lebensmann spielend, warf er dort mit Hundertmarkscheinen um sich, hielt ganze Tische zerschneid, veranlaßte nächtliche Gelage bei Sekt und Wein, ließ sich auf eigene Kosten Solistide der Kaffeehauskapellen vorspielen u. dgl. m., wobei er stets als der „reiche Fabrikant aus Pirmasens“ galt. Die Kunde, daß dieser junge Lebensmann nachmals in der Saargebietstadt, diesmal in geschlossener Gesellschaft, eintreffen würde, um persönlich das Verdict zu zeigen, in dem er das Geld vergraben hatte, war daher bekannt geworden und brachte viele Leute auf die Beine. Das Geld wurde aber nicht gefunden.

Karlsruher Bürgerausschuß.

X Karlsruhe, 25. Febr. 1918.

Im Bürgerausschuß gab vor Eintritt in die Tagesordnung der Vorsitzende auf eine kurze Anfrage bekannt, daß sich die Stadt eingehend mit der Wohnungsnot, die nach dem Kriege zu erwarten ist, beschäftigt. Die Stadtverwaltung befaßt sich zunächst mit der Fällung der Wohnungen, deren Zahl sich stark vermindert hat. Der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen hat sich beifert 1915 auf 214, 1916 auf 180 und 1917 auf 131. Eingeführt wird die Wohnungsmeldepflicht durch ein Gesetz, das zurzeit den Landtag beschäftigt. Die Zahl der kriegsgetrauten Paare, die noch keine Wohnung haben, ist etwa so groß als die Zahl der leerstehenden Wohnungen. Zur Abhilfe denkt man daran, die Häuser zu Wohnzwecken mehr auszunutzen. Es soll das Verbot der Wohnzweckfallen fallen. Außerdem sollen große Wohnungen in kleinere umgebaut werden. Waugelände ist vorhanden für eine ganz neue Stadt von 30-40 000 Einwohnern. Schwieriger ist die Frage der Kapitalienbeschaffung. Es ist angezogen, den ganzen Kleinwohnungsbedarf durch die gemeinnützigen Genossenschaften zu erstellen. Bis jetzt haben diese 10 Prozent, die Privaten 90 Prozent erstellt. Die Pauschalität soll angeregt werden. Die Gartenstadt hat 123 Häuser alsbald in Angriff zu nehmen. Auch der Mieter- und Bauverein hat ähnliche Absichten, doch werden diese Wohnungen noch nicht ausreichen. Wir werden auch mit den privaten Bauunternehmern verhandeln. Daneben soll die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen. Der Stadtrat hat beschlossen, eine Reihe von Wohnungen für städtische Bedienstete zu errichten und zwar in der Nähe der Straßenbahn, des Gaswerks und des städtischen Hafens. Es ist beabsichtigt, daß die Stadt Gelände im Erbbaurecht zu Wohnzwecken abgibt.

Darauf wurde die Vorlage betr. die Beschaffung von Wagen für die städtische Straßenbahn und die Karlsruher Lokalbahn, nach welcher die Stadt für die von nordwestlichen Firmen zu liefernden Wagen ganz erhebliche Anzahlungen zu machen hat, zur nochmaligen Prüfung einer gemischten zwölfköpfigen Kommission überwiesen. — Die Vorlagen betr. die Anschaffung von Gütern und Tafelmagen für die Straßenbahn und Lokalbahn wurden debattellos genehmigt. — Eine lange Aussprache schloß sich an die Vorlagen betr. die Erhöhung der Tarife der beiden städtischen Bahnen. Der Stadtrat hatte zwar einem Antrag des Stadtvorordnetenverbandes entsprechend für steuerfreie und steuerpflichtige Wochenkarten eine Ermäßigung der ursprünglichen befristeten Sätze eintreten lassen. Doch wurde gegen die Erhöhung um 50 Prozent noch manches Wortchen gesprochen. Ein Antrag Trautmann, der auch vom Zentrum und den Fortschrittlichen unterstützt wurde, bezog sich noch einige Erleichterungen für Monatskarten. Der Antrag Trautmann fand jedoch schließlich keine Mehrheit. Angenommen wurde alsbald die Vorlage des Stadtrats mit den Ermäßigun-

Artsruhe als
für=
eiten
dergelassen.
III. Sprech-
bis 12 Uhr.
Opitz.
erein.
advorordnen
aus:
ggewossen.
12 bis 4 Uhr.
gieder.
schliesslich.
d.
emälde
Fehr
n=
ausmann,
Segowitz
irm etc.
den Ortaver-
samstalt für
in Weimer
nd Original-
heitspreisen.
warz
rstrasse 225.
Obstbäume!
bäume in Feld,
rnb-Pflanz, Am-
rden, Weinbäu-
n, Witten, Joh-
ren-Büchse u. Geb-
linder, Pramen,
sticht billi-
z. Baumgärten.
r. djal. 613
herungen
liegergelehr
n, Körperverletzung
nimmt entgegen
Kanzler, Generalst.
Karlsruhe,
riedrichstraße 26.
mteFrauenhamm
Taut
eder, sparsam
32
Karlsruhe
Theater
Waldstrasse
Programm
Mittwoch bis
esslich Pre
Oeswald
F.M. 1918
Die
eite Frau
elchaffschauspiel
dem Roman von
Warlitt
mit
ander vonAndalf
4 Akte.
Der
gendbund
piel in 3 Akten.
Friedens-
andlungen mit
kraine
bo des 131a. und
im-Amt Berlin.

